



Nr. 82. Mittag-Ausgabe.

Schößiger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Dienstag, den 18. Februar 1879.

## Deutschland.

### O. C. Landtags-Verhandlungen.

Herrenhaus. 14. Sitzung vom 17. Februar.

11 Uhr. Am Ministertische: Graf Stolberg, Friedenthal und mehrere Commissarien.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Bericht der Justizcommission über den Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung von Bestimmungen der Disciplinargebete.

Die Commission hat die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses dahin abgeändert, daß im Einstellung mit der ursprünglichen Regierungsvorlage die Mitglieder der Disciplinarenate sowohl aus den Mitgliedern der Civil- wie denen der Strafrenate gebildet werden können.

Der Referent Wever und Dr. Böseler treten für diese Änderung, welche dem Geiste der Reichsjustizgesetze entspreche, ein und der Regierungskommissar Geh. Rath Schmidt constatirt die Zustimmung der Regierung zu derselben.

Darauf wird auf den Antrag des Grafen Rittberg die Vorlage einstimmig in der Fassung der Commission en bloc angenommen.

Es folgt der Bericht der Agrarcommission über den Gesetzentwurf betreffend die Errichtung von Landescultur-Rentenbanken.

Referent Schumann empfiehlt die Annahme der Commissionsbeschlüsse, welche wesentliche Änderungen gegen die Beschlüsse des anderen Hauses nicht enthalten, sondern nur erhöhte Garantien für die Sicherheit der Landesculturrentenbriefe beziehen.

Graf v. Büdler beantragt, die §§ 10 bis 32, welche die Bestimmungen über Drainagemeliorationen enthalten, zu streichen, weil er nicht wolle, daß einer Art der Melioration ein Vorzug vor der anderen ertheilt werde. Die Bewässerungsmelioration sei eben so wichtig wie die Drainage.

Fhr. v. Gaffron-Kunern beantragt zu § 6, daß Landesculturrentenbriefe noch genügend sicherstehend erachtet werden sollen, wenn dieselben innerhalb % einer ritterlichen oder landshaftlichen Taxe des Guiswertes zu stehen kommen. (Nach den Beschlüssen des anderen Hauses stehen diese Rentenbriefe nur bis zur Hälfte der landshaftlichen Taxe sicher.) Der Redner unterstützt auch den Antrag des Vorredners.

v. Winterfeld spricht sich gegen die gestellten Anträge aus, weil dieses Gesetz nur allgemeine Normativbestimmungen enthalte, welche erst durch die provinzialen Statuten praktischen Inhalt erhalten. Sie gefährdeten auch die Interessen der Landeschaften und der Realgläubiger nicht in dem Maße, daß sie solche Anträge erforderten.

Minister Friedenthal behält sich vor, auf die gestellten Anträge in der Specialdebatte zurückzukommen. Er bezeichnet als den Zweck dieses Gesetzes, der übermäßigen Verschuldung des Grundbesitzes dadurch zu steuern, daß ihm durch geeignete, von den Fluctuationen des nichtlandwirtschaftlichen Interessen dienenden Geldmarktes unabhängige Creditinstitute unländbare, niedrig zinsbare Darlehen gegeben werden.

In der Specialdiscussion wird, nachdem der Minister eine ablehnende Stellung zu dem Antrag Gaffron eingenommen hat, derselbe abgelehnt und der § 6 nach den Commissionsbeschlüssen angenommen.

§ 7 wird mit einem Antrage des Grafen Udo zu Stolberg angenommen, wonach in dem Falle, daß der Wert der Liegenschaften durch besondere Taxe der Landesculturrentenbanken erfolgt, derjenige Betrag des Darlehns, welcher nicht innerhalb der ersten drei Viertelteile (statt der ersten Hälfte nach den Commissionsbeschlüssen) des Tarwertes der Liegenschaften in dem zeitigen Zustande zu stehen kommt, erst nach planmäßiger Ausführung des Unternehmens gezahlt werden darf.

Zu § 10 spricht sich Minister Friedenthal für Aufrechterhaltung der Paragraphen, die die Dairinungsanlagen betreffen, aus. Er habe dieselben nur deshalb nicht in die ursprüngliche Vorlage aufgenommen, weil er allzu viel Gewicht auf die Staatsgarantie gelegt habe und er sich gescheut habe, der Landwirtschaft so vielfache — wie ihm scheine unnötige — verdeckte Zugeständnisse zu machen. Den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses habe er zugesagt und befürwortet dieselben hier, weil er nach Analogie der Vorgänge in unseren Nachbarländern der bestimmten Hoffnung sei, daß man bald auf Grund praktischer Erfahrungen diese unnötigen Beschränkungen und Verclausurirungen aufheben werde.

Das Haus beschließt sodann die Aufrechterhaltung dieser Paragraphen, welche mit einzelnen redaktionellen Änderungen angenommen werden; ebenso die übrigen Paragraphen des Gesetzes, sowie dieses im Ganzen.

Die Haubergsordnung für den Kreis Siegen wird auf den Antrag v. Bernuth's unverändert in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung en bloc angenommen.

Es folgt die Berathung von Petitionen.

Eine vom Oberpräsidenten und vom Minister genehmigte Verfügung der Regierung zu Bromberg hat dem Magistrat dafelbst eine Maximalgrenze von 166 Proc. beziehentlich der Zusätze zur Staatsentkommentierung bei der Veranlagung der Communalsteuer auferlegt. Dadurch sind zur Deckung der communalen Bedürfnisse Zuschläge zu den Gebäuden und zur Gemeuersteuer nötig geworden. Der Magistrat von Bromberg erkennt darin eine Belastung der minder gut situierten zu Gunsten der besser situierten Bevölkerungsklassen und wünscht die Aufhebung der oben erwähnten Verfügung. Die Budgetcommission beantragt durch ihren Referenten Theune, die Petition der Regierung zur Erwähnung zu überweisen. Das Haus beschließt demgemäß.

Einige Petitionen von nur localer Bedeutung erledigt das Haus nach den Commissionsanträgen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr. (Hessische Brandversicherungsanstalt; Petitionen; Eisenbahn Sierl-Koblenz; kleinere Vorlagen.)

### O. C. Reichstags-Verhandlungen.

#### 3. Sitzung vom 17. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrates Hofmann, Friedberg und Andere. Eingegangen ist der Antrag des Abgeordneten Stumm, betreffend die Bildung von Alterversorgungs- und Invalidenfassen für Fabrikarbeiter und folgendes Schreiben des Stellvertreters des Reichskanzlers Grafen Stolberg: Berlin, den 15. Februar 1879. Der königlich preußische Herr Justizminister hat mittels des anliegenden Schreibens vom 14. d. Mts. mir den ebenfalls beigefügten Bericht des königlichen Staatsanwalts bei dem hiesigen Stadtgericht vom 13. d. Mts. zugehen lassen, in welchem die Einholung der Genehmigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Fritzsche wegen Zuwiderhandels gegen § 28 des Gesetzes gegen die gemeinfährlichen Bestrebungen der Socialdemokratie vom 21. October 1878 in Antrag gebracht wird. Ein Hochwohlgeborenen beeindruckt mich ganz ergeben zu ersuchen, eine Beschlussfassung des Reichstags darüber gefälligt herbeiführen zu wollen.

Der Präsident behält sich vor, das Schreiben auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu legen.

Bei der Wahl des zweiten Vicepräsidenten werden nur 186 Stimmzettel abgegeben, das Haus ist mithin nicht beschlußfähig (zur Beschlußfähigkeit ist die Anwesenheit von 199 Mitgliedern erforderlich).

Schluß 12½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. Wahl des zweiten Vicepräsidenten; Berathung des Schreibens wegen Verhaftung des Abg. Fritzsche, Gebührenordnung für Rechtsanwälte und deutsch-österreichischer Handelsvertrag.)

Berlin, 17. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Lieutenant z. D. v. Herkberg zu Frankfurt a. O., bisher von der Armee, den Stern zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe; dem Ober-Hofbaurath Schuster zu Herrenhausen den Roten Adler-Orden dritter Klasse; dem Major z. D. v. Bachsen schwanz, genannt von Schwambach, zu Breslau, bisher à la suite des 3. Rheinischen Infanterie-Regiments Nr. 29 und Eisenbahn-Commissar, den Roten Adler-Orden vierter Klasse; dem Bürgermeister a. D. Bodem zu Beurig im Kreise Saarburg den Königlichen

Kronen-Orden vierter Klasse; sowie dem Schulreher Stöcken zu Siebing im Kreise Aurich und dem Kunstmärtner Sepulchre zu Schönwald bei Mariawilke im Kreise Düren das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Se. Majestät der König hat dem praktischen Arzt ic. Dr. Stiemer zu Stolitz im Kreise Teltow den Charakter als Sanitäts-Rath verliehen.

Bei dem Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medicinal-Angelegenheiten ist der bisherige Kanzlei-Diatriarius Springstubb zum Geheimkanzlei-Sekretär ernannt worden.

Berlin, 17. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute Vormittag militärische Meldungen entgegen, empfing den Vicepräsidenten des Staatsministeriums, Grafen Stolberg-Wernigerode, und hörte den Vortrag des Wirkl. Geh. Rathes v. Wilmowski.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] besuchte vorgestern den Wohltätigkeits-Bazar im Fürstlichen Radziwill'schen Hause und war in der Vorlesung des Wissenschaftlichen Vereins anwesend.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] besuchte am Sonnabend den Bazar im Hause des Fürsten Radziwill. Gestern nahm Höchstverselbe das Diner bei Ihren Majestäten ein. (Reichsanz.)

= Berlin, 17. Febr. [Beginn der Reichstags-Session.

Affaire Fritzsche. — Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben des Reiches. — Pestcommission.] Der Beginn der Reichstagsession gestaltet sich recht unerquicklich. Die heutige abermalige Beschlusshandlung schädigt den Stand der parlamentarischen Arbeiten nach zwei Richtungen hin, denn auch das Abgeordnetenhaus, dem die Zeit so knapp zugemessen ist, muß einen verlorenen Tag verzeichnen. Es rächt sich das Zusammenarbeiten der Einzel-landtage mit dem Reichstage. Die Reihen der Süddeutschen sind zu sehr gelichtet. Dazu kommt, daß ein großer Theil von Abgeordneten, die bereits in Berlin waren, wieder abgereist sind. Es bleibt fraglich, ob man endlich morgen beschlußfähig sein wird.

Der Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft auf Verhaftung des Abgeordneten Fritzsche wegen Verstoßes gegen das Socialisten-Gesetz, das heißt weil der Abgeordnete Fritzsche trotz seiner polizeilichen Ausweisung nach Berlin gekommen ist, hat allgemein sehr peinlich berührt. Das Haus wird morgen aller Voraussicht nach den Antrag ablehnen. Man deducit: der Abg. Fritzsche sei der kaiserlichen Ordre entsprechend am Tage der Reichstagsberufung, 12. Februar, hier eingetroffen, um seiner Pflicht als Abgeordneter zu genügen. Das Reichsgesetz, welchem Herr F. nachkommt, steht höher als die Polizeiverfügung. Außerdem weiß man, daß Herr Fritzsche seit seiner Ankunft polizeilich nicht unbeachtet geblieben ist. Jedemfalls hat es befremdlich gewirkt, daß die Polizei bis dahin den ausgewiesenen ruhig gewahren ließ und dem Reichstage anheimstelle, die Verhaftung vorzunehmen. Aus diesen Gründen ist man im Reichstage nicht geneigt, darauf einzugehen. Uebrigens war der Abgeordnete Fritzsche heute in der Sitzung nicht anwesend; dagegen bemerkte man den Abgeordneten Hasselmann, gegen welchen kein Antrag irgend welcher Art vorliegt. Uebrigens wurde heute die Ansicht, daß früher oder später eine Auflösung des Reichstages geplant sei, vielfach laut geäußert. Die Abgeordneten rechnen mit diesem Factor und die Conservativen tragen sich bereits mit Illusionen, daß sie bei künftigen Präsidentenwahlen nicht wieder eine Niederlage davontragen würden. — Dem Bundesrath ist kürzlich die Uebersicht der Ausgaben und Einnahmen des Deutschen Reiches für das Etatjahr 1877/78 zugegangen mit dem Antrage in verfassungsmäßiger Weise die Weise die Entlastung zu genehmigen. Danach beträgt die Gesamtausgabe 562,919,562 M. 64 Pf., an Resten sind verblieben 154,252,435 M. 76 Pf., dies gibt die Summe von 717,171,998 M. 40 Pf. Das Soll nach dem Etat für 1877/78 betrug 540,672,510 M., demselben sind an Restenfonds aus dem Vorjahr hinzugekommen 160,494,084 M. 47 Pf., mithin beträgt das Gesamtmittel 701,166,594 M. 47 Pf., gegen das Gesamtmittel beträgt die Summe der Ausgabe mehr um 16,005,403 M. 93 Pf.; an Etat-Ueberschreitungen sind zu genehmigen 27,630,281 Mark 01 Pf. Die Einnahme betrug 585,832,897 M. 12 Pf. bleibt Bestand 22,913,334 M. 48 Pf. Die zu genehmigenden Etat-Ueberschreitungen betragen 30,727,070 Mark 32 Pf. — Nach Privatnachrichten, welche von Mitgliedern der wissenschaftlichen Commission zur Gründung der Ursachen der Pestepidemie in Russland hier eingegangen sind, war die Commission von Moskau bereits nach Astrachan aufgebrochen. In Moskau hatten die Herren ähnlich wie in Warschau sich einer besonders zuvorkommenden Aufnahme zu erfreuen und es wurde ihnen seitens der Behörden großes Entgegenkommen gezeigt.

Berlin, 17. Febr. [Die Reichstagsfractionen über den Verhaftungsantrag gegen den Abg. Fritzsche.] Mehrere Fractionen des Reichstags beschlossen heute Nachmittag die Ablehnung der vom Staatsanwalt Tessendorf resp. dem Reichskanzler an den Reichstag gerichteten Zulassung, die Verhaftung des ausgewählten socialdemokratischen Abg. Fritzsche auf Grund des § 28 des Socialisten-Gesetzes zu genehmigen. Den heute tagenden Fractionen lag eine Abschrift des Schreibens vom Staatsanwalt Tessendorf vom 13. d. M. vor, in welchem gesagt wird, daß der ausgewählte Cigarrenhändler Fritzsche am Tage der Reichstagsöffnung hier eingetroffen sei. Derselbe wurde auf dem Bahnhofe von einem Schuhmann bedeckt, daß er auf Grund des Socialisten-Gesetzes ausgewiesen sei, worauf der pp. Fritzsche unter Berufung auf sein Reichstagsmandat und die Einladung, an den Sitzungen des Parlaments teilzunehmen, seine Legitimationsskarte für die freie Fahrt als Abgeordneter vorzeigte. Der Polizeibeamte ließ darauf den Abg. Fritzsche ungehindert passieren, der Staatsanwalt Tessendorf deducirt jedoch in seinem Schreiben, daß die Reichstags-Einberufung durch den Kaiser keineswegs die Ausweisungs-Ordre der Polizei aufhebe, und der preußische Justizminister, sowie der Reichskanzler schließen sich der Auffassung Tessendorfs an, daß der Abg. Fritzsche den Bestimmungen des § 28 des Socialisten-Gesetzes zuwidergehend hat. Bemerkenswert ist es, daß Herr Tessendorf in seinem Schreiben auf die Autorität des Abg. Windhorst-Meppen, der doch stets als Reichsfeind gilt, recurrit, indem er ausführt, daß dieser verehrliche Abgeordnete bei der Debatte über das Socialisten-Gesetz den Beweis führte, es könnten einzelne oder mehrere Mitglieder oder ganze Gruppen des Reichstages solche Leute sein, von denen eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung nach Aufschauung der jeweiligen Regierung zu besorgen ist und es würde diesen mithin der Aufenthalt hier

in Berlin nach diesem speciellen Gesetz versagt werden können." Obwohl sich Herr Tessendorf darauf bezieht, daß diesem Urtheil Windhorst's weder ein Mitglied des Hauses noch der Berichterstatter widergesprochen habe, somit eine Lücke im Gesetz vorhanden sei, so haben die meisten Fractionen doch den Antrag als einen Eingriff in die Prerogative des Reichstags erklärt. Es wurde bei der Berathung nicht verkannt, daß es sich um eine peinliche Herausforderung des Reichstags handle. Derselbe soll in die peinliche Lage versetzt werden, einen Socialdemokraten, so zu sagen, der gesetzlichen Abhängigkeit zu entziehen und ihn unter den Schutz des Reichstages zu stellen. Man rechnet vielleicht darauf, daß dieses Verfahren des Reichstages an eigentlich leitender Stelle genehmigt wird und die Absicht des Reichskanzlers, einen Appell an die Wähler zu richten, schon jetzt erreicht wird. Die Mehrheit des Reichstages kann sich jedoch nicht durch solche vielleicht pessimistische Ausschüsse bewegen lassen, die Immunität eines seiner Mitglieder anders als vom politischen Standpunkte aufzufassen, und wird mit Abwendung juristischer Haarpalterei einfach die Ablehnung des Antrags beschließen.

W. T. B. [Der Bundesrath] hielt am Sonnabend, den 15. Febr. c., eine Plenarsitzung unter Vorsitz des Präsidenten des Reichskanzleramtes, Staatsministers Hofmann. Nach Feststellung der Protokolle der beiden letzten Sitzungen wurde Mittheilung gemacht über die erfolgte Ernennung des königl. preußischen Staatsministers und Ministers des Innern, Grafen zu Eulenburg, zum Bevollmächtigten zum Bundesrath an Stelle des königl. preußischen Unterstaatssekretärs Bitter, und des Letzteren zum stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrath. Vorgelegt wurde ein Antrag, betreffend die Regelung des Güter-Tarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen. Vorlagen, betreffend a. Entwürfe von Bestimmungen über die Belebung von Arbeitern und jugendlichen Arbeitern in Walz- u. s. w. Werken und Glasstütteln, b. die Ueberprüfung der Ausgaben und Einnahmen des Reichs für das Etatjahr 1877/78, c. die Ueberprüfung der Gesamtosten zur Ausführung des Flottergründungsplans wurden den beteiligten Ausschüssen überwiesen. Von der Vorlage der Nachweisung der den Bundesstaaten bis Ende December 1878 überwiesenen Beträgen an Reichsmünzen wurde Kenntnis genommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit Großbritannien wegen Unterdrückung des Slavehandels. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Ferner wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die Wechselstempelsteuer. Ein bezüglicher Gesetzentwurf wurde ange nommen. Hierauf wurde Beschluß gefaßt über den Entwurf eines internationalen Vertrages über den Eisenbahn-Frachtverkehr. Es wurde ein Einverständnis mit dem Abchluß eines bezüglichen Vertrages erklärt. Ausschüsse

führte aber zur Erklärung die Erfahrung an, daß die Juristen meist in den ersten vier Semestern wenig studirten, während die Studirenden anderer Facultäten fleißig arbeiteten. Das jüngste Resultat der Leipziger Prüfung ist gleichfalls ein wenig günstiges gewesen. Von 46 Examinanden erhielt nur ein Einziger die erste Censur, 10 erhielten die zweite, 10 die dritte, 19 die vierte und 6 fielen ganz durch.

## Italien.

**N**om, 13. Februar. [Die italienische Presse und die Aufhebung von Art. 5 des Prager Friedens.— Die Mission des Herrn Rosetti.— Bazar für die Waldenser.— Fromme Stiftungen.] Von jeher gehörte es zu den Geistlichen und Mächten ihrer Journale, oder wenigstens eines großen Theiles derselben, gar zu unmöglichster Weise große politische Fragen aufzuwerfen, sich stolz auf das hohe Amt zu setzen, Angriffe nach rechts und links zu richten und dann läufig darüber zu jammern und Andern die Schuld beizumessen, wenn diese Angriffe gehörig erwiedert und energisch zurückgewiesen werden. Namentlich ist dies häufig der deutschen und österreichisch-ungarischen Presse gegenüber der Fall, wenn diese sie und da den ihr hingeworfenen Handschuh aufnimmt und dem italienischen Chauvinismus zeitweise die verdiente Abfertigung zufügt. Gegenwärtig herrscht in der hiesigen Presse ein heftiges Geschrei über das zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn getroffene freundschaftliche Abkommen, betreffs der Auslassung des, die Wornahme eines Plebiszits bestimmenden Artikels 5 des Prager Friedensvertrages. Vor Allem ist es das Organ Crispi's, die „Riforma“, welche sich bis zu der Behauptung versteigt, daß dies Uebereinkommen das Princip verlege, welchem Italien seine Existenz verbanke, nämlich das Nationalitätsprincip verlege, daß dasselbe einen Bruch der bestehenden Verträge involvire und Italien gleichsam dazu berechte, es nun auch seinerseits mit der Achtung der Verträge nicht gar so genau zu nehmen und derlei Unsun mehr. In einer der letzten Kammerbesitzungen hat es der Deputirte Bonghi unternommen, Herrn Crispi, der eben das erwähnte Nationalitätsprincip zur Basis jeder politischen Action gemacht wissen wollte, eingehend darüber zu belehren, daß die strenge und bloße Anwendung des Nationalitätsprincips auf alle europäischen Fragen unmöglich sei und Herr Crispi, dessen Gründwahn bereits solche Proportionen angenommen hat, daß es uns nicht wundern würde, wenn er eines schönen Tages die Behauptung aufstellen würde, die Welt erschaffen zu haben, und der, so lange er Minister war, sich sehr zähm bewies, nun da er seines Portefeuilles verlustig gegangen, Alles bekrittet, was andere machen und ein Patent der Unfehlbarkeit für sich in Anspruch nimmt, mußte sich die Belehrung Bonghi's ruhig gefallen lassen, wir unsererseits begnügen uns damit, dem Organe des Herrn Crispi, der „Riforma“, zu erwiedern, daß andere Mächte, Österreich-Ungarn an der Spitze, gar nichts dagegen einzuwenden haben, wenn Italien das Nationalitätsprincip zum Fundament seiner Politik machen will, ihrerseits aber dieses Prinzip als Factor und Motor ihrer Handlungsweise keineswegs anzuerkennen gewillt sind und hierzu auch nicht die geringste Verpflichtung haben. — Geradezu widerfällig ist die von der „Riforma“ aufgestellte Behauptung, daß die freiwillige Verzichtsleistung Österreich-Ungarns auf die Durchführung des Art. 5 des Prager Friedensvertrags eine Verleugnung des Vertrages involvire, denn selbst dem beschränktesten Verstande muß der Unterschied auffallen, welcher in der freiwilligen Verzichtsleistung eines oder mehrerer Contrahenten auf ein ihnen vertragsmäßig gemachtes Zugeständniß und einem Vertragsbruche besteht. Im vorliegenden Falle hat Österreich-Ungarn auf eine nicht von ihm selbst, sondern von einem Dritten — Frankreich, welches bekanntlich im Jahre 1866 die Vermittelung zwischen Preußen und Österreich-Ungarn übernommen hatte — gewünschte Klausel des Prager Friedensvertrags zu Gunsten einer ihm innig befriedeten Macht verzichtet. Frankreich selbst hat der Streichung dieses Artikels zugestimmt, und daher fragen wir, was in aller Welt geht Italien die ganze Sache an? — und es kann daher blos als Selbstüberhebung über Haarspaltereien ausgelegt werden, wenn italienische Organe sich über Dinge so erheben, die sie absolut gar nichts angehen. Auf die bloße lächerliche Supposition hin, daß Deutschland als Aequivalent für die Auslassung des Art. 5 des Prager Friedensvertrages Österreich gestattet habe, seine Occupation bis Salonicci auszudehnen, räth die „Riforma“ der italienischen Regierung, dieses nicht zuzulassen u. s. w. Es ist, wie gesagt, geradezu absurd, einen solchen Fall anzunehmen, — aber gesetzt den Fall, es wäre wirklich so, Deutschland und Österreich-Ungarn haben sich über die Ausdehnung der österreichischen Occupation bis Salonicci geeinigt, und andere Mächte seien ebenfalls damit einverstanden, glaubt Italien mächtig genug zu sein, dieses hindern zu können? und riskiren die italienischen Blätter, welche, wie die „Riforma“, Italien resp. das Jahrhundert in die Schranken fordern, nicht, sich einfach lächerlich zu machen? Was endlich die von der „Riforma“ an die italienische Regierung gerichtete Institution betrifft, es nun auch ihrerseits mit der Achtung der Verträge nicht allzu genau zu nehmen, möge das Organ des Herrn Crispi bedenken, daß in diesem Falle die übrigen Mächte Mittel und Wege finden würden, Italien zur Achtung dieser Verträge — nöthigenfalls auch gegen seinen Willen — zu zwingen. Glücklicherweise ist keine Gefahr vorhanden, daß die gegenwärtige Regierung den Rath des Crispi'schen Leiborgans befolgen werde, und wenn wir einerseits davon überzeugt sind, daß dieselbe, den Versprechungen des Ministerpräsidenten getreu, eine ehrliche, langleiche Friedenspolitik machen wird, so zweifeln wir andererseits nicht daran, daß dieselbe, billiger und vernünftiger als die Journale, welche in der freiwilligen Verzichtsleistung Österreich-Ungarns auf die Durchführung des Art. 5 des Prager Friedensvertrags eine Verleugnung bei den Haaren herbelzerren wollen und nun Zeter und Mordio gegen Deutschland und Österreich-Ungarn schreien, denkend, sich jeder unbefugten Einnischung in eine Angelegenheit enthalten wird, die ihre Interessen nicht im geringsten berührt und Italien, wie gesagt, gar nichts angeht. — Herr Rosetti, der rumänische Kammer-Präsident, welcher bekanntlich seit längerer Zeit in Italien weilt und mit der Mission betraut ist, Italien zur Anerkennung der Unabhängigkeit Rumäniens zu bewegen und die Einführung directer diplomatischer Beziehungen zwischen beiden Ländern einzuleiten, hat, da die Ausführung seiner Mission auf Schwierigkeiten stößt, seinen hiesigen Aufenthalt verlängert und neue Unterhandlungen angeknüpft. Gegenwärtig schlägt derselbe Italien und gleichzeitig auch Frankreich vor, die offizielle Anerkennung Rumäniens einer späteren Zeit vorbehaltend, einstweilen zum Abschluß eines Handelsvertrages die Hand zu klopfen. Die Regierung Rumäniens würde in diesem Falle die Kammer auflösen und die neue Volksvertretung auffordern, eine constituirende Versammlung zur Revision der Verfassung und behufs der Verleihung der bürgerlichen und religiösen Gleichberichtigung der Juden zu bilden. In der hiesigen Waldenser Kirche findet am 18. und 19. das auf Veranstaltung eines Comites, welchem Lady Paget, die Gemahlin des englischen Botschafters am hiesigen Hofe, präsidirt, ein Bazar statt, dessen Erträge der Waldensischen Kirche in Italien zu Gute kommen wird. Auch Frau von Keudell, die Gemahlin des deutschen Bot-

schaster beim Quirinal, wurde eingeladen, dem Werke ihre Mitwirkung anzudeihen zu lassen, beantwortete jedoch — wie es heißt — die bezügliche Einladung dahin, daß ihr die gegenwärtigen Beziehungen zwischen dem Vatican und dem Berliner Hofe nicht verstellen, sich an einem dem heiligen Stuhle nicht genehmen Werke zu beteiligen. Wir unsererseits können die Bemerkung nicht unterlassen, daß die Wahl einer Kirche zur Abhaltung eines Bazaars uns nicht gerade die passendste zu sein scheint und unwillkürlich an das Evangelium erinnert, nach welchem Christus Handelsleute, Haustrer u. s. w. aus dem Tempel jagt, weil dieselben in diesem ihre Waaren feilboten. — Im Ministerium des Innern gedenkt man wieder die auf ein Gesetz, durch welches endlich die wichtige Frage der frommen Stiftungen geregelt werde, bezüglichen Studien aufzunehmen, und der Ministerpräsident und Minister des Innern Herr Depretis hat zu diesem Zweck die Zusammenstellung einer genauen Statistik über sämmtliche philantropische Anstalten und Wohlthätigkeits-Institute, welche gegenwärtig in ganz Italien bestehen, angeordnet.

## Frankreich.

**P**aris, 15. Februar. [Die Wahl Montalivet's zum lebenslänglichen Senator. — Aus der Deputirtenkammer. — Die Marseillaise als Nationalhymne. — Sylvestre de Sacy. — Diplomatisches.] Durch die Wahl Montalivet's gibt die Mehrheit des Senats ihre Absicht kund, an einer gemäßigten Politik festzuhalten und in diesem Augenblicke, wo in der reactionären Presse so viel vom Überhandnehmen des Radicalismus die Rede ist, verdient dieses Symptom beachtet zu werden. Die gesamte Rechte hat ihre fortdauernde Feindseligkeit gegen die Republik dadurch bewiesen, daß sie selbst einem so conservativen Manne wie Montalivet ihre Stimme versagte. Sie hegte vielleicht die Hoffnung, durch ihre Enthaltung in Masse es dahin zu bringen, daß die Giltigkeit der Wahl in Zweifel gestellt werde. Aber die Linke brachte die nötige Stimmenzahl auf, obgleich einige ihrer Mitglieder ihrer nachlässigen Gewohnheit gemäß nicht in der Sitzung erschienen waren. Diese Nachlässigkeit zeigt sich auch in der Kammer und sie ist umso auffallender als Gambetta, in diesem Stücke weit pünktlicher als Crévy, die Sitzung mit dem Glockenschlag zu eröffnen pflegt. Es dauert nach Beginn der Verhandlung immer eine Weile, ehe die Rässiers die sämmtigen Deputirten aus den Couloirs herbeigerufen haben. Es wurde gestern ohne viel Redens eine ganze Reihe von Gesetzentwürfen in vorläufige Erwähnung genommen. Dabei kam auch einmal wieder die Marseillaise zur Sprache. Talandier und andere Deputirte der Linken hatten beantragt, man möge durch ein Gesetz der Marseillaise den Rang des Nationalgesanges ertheilen, welcher Rang ihr durch ein Decret vom 26. Februar des Jahres III bereits zugestanden worden. Barodet ergriff das Wort und erklärte, dieser Antrag sei gestellt worden zu einer Periode, wo der Präsident der Republik und mehrere seiner Minister als Gegner der bestehenden Staatsform galten; die Antragsteller werden ihn aber Angesichts der veränderten Umstände zurückziehen, wenn die Regierung verspräche, das Decret vom Jahre III zur Ausführung zu bringen. Hierauf antwortete der Kriegsminister Grezley, er sehe gar keinen Grund, das Decret nicht auszuführen und er werde es ausführen. Die Linke nahm diese Erklärung mit stürmischem Beifall auf, die Rechte aber geriet in eine große Aufregung. Alle Monarchisten sprangen von ihren Plätzen auf; einige riefen: Unter dem Klange der Marseillaise hat man die Commune gemacht; kurz es entstand heftiger Lärm, welchem Gambetta schnell und entschieden ein Ende machte, indem er sagte, er werde Niemandem das Wort gestatten, weil der in Rede stehende Antrag zurückgezogen werden, also kein Streitobject mehr vorliege. Die Haltung Gambetta's bei dieser Gelegenheit imponierte der Kammer sichtlich, wie man denn überhaupt so ziemlich allgemein der Ansicht ist, daß der neue Kammer-Präsident sich überraschend schnell in sein Amt schicken lerne. — Die Polemik betreffs der Unsicherheit der Pariser Strafen dauert in den Blättern fort. Die reactionären Journale werfen alle Schuld auf das republikanische System, welches die Polizei entwaffnet habe; die republikanischen Journale dagegen machen die Polizeibeamten, namentlich die höheren, weil dieselben erschrecklich es an Eifer und Aufmerksamkeit fehlen lassen, seitdem sie fürchten, daß man sie für ihre früheren Sünden zur Verantwortung ziehen werde. Die Regierung hat in dieser Angelegenheit auch nicht stumm bleiben können. Sie hat durch die „Agence Havas“ den Zeitungen eine offizielle Note zustellen lassen, worin es heißt, daß die Erzählungen von zahlreichen Raubansfällen, welche die öffentliche Meinung erschreckt haben, in der Mehrzahl ungenau oder übertrieben seien; daß übrigens der Polizei-Präfect den Befehl ertheilt habe, durch die energischsten Maßregeln das Eigentum und die Personen zu sichern. Es steht dahin, ob diese Note viel zur Beruhigung der ängstlichen Gemüther beitragen wird. Bis jetzt hat die republikanische Presse den Polizei-Präfector Gigot selber aus dem Spiele gelassen, heute wird aber auch er im Verein mit dem bekannten Sicherheits-Director Jacob vom „Siecle“ lebhaft angegriffen. — Die „République Française“ und die „Débats“ widmen heute dem verstorbene de Sacy sehr anerkennende Artikel. Die „République“ sagt unter Anderem von ihm: „de Sacy war niemals etwas anderes, als Journalist. Aber er war es so vollständig, mit so großem Eifer, so vielseitigem Talent, einer so reinen und eleganten Sprache, mit so viel treuer Anhänglichkeit an die liberale Sache, daß er als eine Art von Muster und ein wahrhaft seltenes Beispiel des vollkommenen Journalisten betrachtet werden kann. Wenige Journalisten haben in besserem Stile geschrieben. Er handhabte die französische Sprache mit einer Leichtigkeit, Klarheit, Gewandtheit und Annuth, welche seine Freunde in Entzücken setzten. Er besaß einen ausserlesenen Geschmack. Niemals ließ er sich zur Heftigkeit oder zur Declamation hinreissen. Aber er hatte gefunden Verstand und Logik mit einem sehr sicheren, ausgebildeten Instinkt der Politik und der Polemik“. — Man liest heute im „Mémorial diplomatique“: „In der ausländischen und französischen Presse hat man mehrere ungenaue Details über die Notifizierung der Ernennung des Herrn Crévy zum Präsidenten der Republik an die auswärtigen Regierungen, veröffentlicht. Nach dem zwischen allen Staaten beobachteten Vorgange wird jede Regierungsänderung durch den Minister der auswärtigen Angelegenheiten den verschiedenen bei dieser Regierung beglaubigten Gesandtschafts-Chefs mitgetheilt. Zu gleicher Zeit werden die Gesandtschafts-Chefs des Staates, bei dem die Aenderung des Staatsoberhauptes stattgefunden hat, beauftragt, dieses Ereignis den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten der Staaten, bei welchen sie beglaubigt sind, mitzutheilen. Diese doppelte Formalität wurde am Tage nach der Erwählung Jules Crévy's erfüllt. Aber es besteht unabhängig von dieser ministeriellen und diplomatischen Mitteilung die Regel, daß das Staatsoberhaupt, Souverän oder Präsident der Republik, persönlich seinen Regierungsantritt den verschiedenen Souveräns und Staatschefs anbildigt. Das ist, was Herr Jules Crévy eben in speziellen Briefen, welche schon an ihre Bestimmungsorte abgegangen sind, gethan hat. Diese Briefe sind alle nach demselben Muster abgefaßt: Der Präsident kündigt an, daß der Marshall Mac Mahon

auf seine Gewalt verzichtet hat, daß die National-Versammlung ihn zum Präsidenten erwählt hat, und daß er sich wie sein Vorgänger bemühen wird, die freundschaftlichsten Beziehungen mit den anderen Mächten zu pflegen. Die Aufschriften der Briefe wechseln nach den Adressaten, Kaisern, Königen, Fürsten oder Republik-Chefs. Jeder Brief ist auf Pergament geschrieben, gezeichnet von Herrn Jules Crévy und gegengezeichnet von Herrn Waddington. Die für die orientalischen Souveräne bestimmten Briefe sind in blauseidene Taschen mit goldenen Schnüren und Knöpfen eingeschlossen.

**P**aris, 19. Febr. [Die Verurtheilung der „Révolution Française“. — Verurtheilung Blanchons, des Eigentümers des durch Explosion verunglückten Blindwaren-Geschäfts in der Rue Beranger. — Glückwunschschriften an Crévy. — Personalien.] Heute ist der Prozeß der „Révolution Française“ vor dem Justizpolizeigerichte zur Verhandlung gekommen. Wie bekannt, hatte das ultra-radikale Jurnal mehrere Communards, als Jules Vallès, Arnould u. s. w. ganz offenkundig unter seine Mitarbeiter aufgenommen, ohne jede Rücksicht auf die gesetzliche Bestimmung, daß die Schriften Derjenigen, die zu entehrden Strafen verurtheilt sind, nicht veröffentlicht werden dürfen. Bei der Prozeßverhandlung hielt sich der Staatsanwalt an dieses Vergehen und ließ sich nicht näher in die Verurtheilung der Artikel ein, welche Vallès und Genossen in dem genannten Blatte veröffentlicht haben. Diese Leute, sagte er blos, haben sich getäuscht, als sie glaubten, man trete jetzt in eine Ära der Bürgelosigkeit ein. Sie werden eine Regierung finden, welche seit entzlossen ist, dem Gesetz Achtung zu verschaffen. Der Verwalter der „Révolution Française“, Layer, nahm die Verantwortlichkeit für die in Rede stehenden Artikel auf sich und wurde zu einer Geldbuße von 2000 Francs verurtheilt. — Ein anderer Prozeß, welcher die Pariser lebhaft interessirte, ist heute zu Ende geführt worden. Ihre Leser erinnern sich der im Mai v. J. bei Beginn der Ausstellung stattgehabten entsetzlichen Katastrophe der Rue Beranger. Ein Haus, in dessen Erdgeschoss sich ein Magazin von Blindwaren befand, stürzte in Folge einer gewaltigen Explosion zusammen und begrub viele seiner Einwohner unter seinen Trümmern. Nach einer langen Untersuchung haben die Sachverständigen entschieden, daß der Unglücksfall der Nachlässigkeit und Unvorsichtigkeit des Eigentümers jenes Magazins, Blanchon, zuzuschreiben sei. Der Gerichtshof ist nach mehrjährigen Debatten dieser Ansicht beigetreten und Blanchon ist zu sechsmaligem Gefängnis und 200 Francs, sein Verwalter Mathieu zu 3monatlichem Gefängnis und einer Geldbuße von 50 Francs verurtheilt worden. Diese Geldsummen sind gering, aber ohne Zweifel werden jetzt die Beschädigten ihre Civilklagen gegen Blanchon, der Millionär ist, anstrengen. — Im Elysée laufen noch immer zahlreiche Glückwunschriften ein. Ein einziger unter den französischen Prälaten, der Erzbischof von Avignon, hat Jules Crévy schriftlich zu seiner Ernennung beglückwünscht. Er hat ein anderes Gratulationsschreiben an de Marçere gerichtet. — Heute ist der Akademiker Silvestre de Sacy nach langer Krankheit gestorben. Er war am 17. October 1801 geboren. Berühmt ist er hauptsächlich durch seine 40jährige Mitarbeiterschaft am „Journal des Débats“, die ihm vor 1848 großen politischen Einfluß scherte. Nach dem Staatsstreich, den er bekämpfte, unterzeichnete er in den „Débats“ fast nur literarische Artikel, ohne darum aber auf die Belehrung an der politischen Redaktion zu verzichten. Im Jahre 1854 trat er in die Akademie ein. — Der russische Botschafter, Fürst Orlow, hat den General Chanzy besucht, um demselben die Befriedigung des Czaren über seine Ernennung zum Botschafter in Petersburg auszusprechen. — Im Senat wurde heute der Graf Montalivet, der Kandidat der Linken, zum lebenslänglichen Senator gewählt. Die Rechte enthielt sich der Abstimmung; es wurden 157 Stimmen abgegeben, davon erhielt Montalivet 153.

## Provinzial-Beitung.

**B**reslau, 14. Febr. [Bezirksverein für die Ohlauer Vorstadt.] In der Versammlung vom 13. d. Ms. führte zunächst Zimmermeister Gliwizki aus, der Vorstand beabsichtigte, an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung eine Petition zu richten, betreffend die Durchlegung der Straßen-Eisenbahn von der Klosterstraße durch die Ohlauerstraße, über den Ring und durch die Reuschstraße nach dem Königsspalte zum Anschluß an die Linie Friedrich-Wilhelmsstraße. Gegenwärtig habe die Befreiungsbahn für die Ohlauer Vorstadt gar keinen Wert, wenn man in Folge des Wartenmüßens am oberen Bär eben so schnell vom Mauritiusplatz nach dem Ringe gehen könne, als wenn man die Bahn benütze. Man habe früher gegen die Linie durch die Ohlauerstraße die enge Siedle an der Weintraubengasse geltend gemacht. Dieser hindernden Grund falle jetzt weg, da in Folge eines Neubaues die Straße dafelbst verbreitert werde. Sollte jedoch diese Linie seitens der städtischen Bevölkerung wider Erwarten nicht genehmigt werden, dann solle die Direction der Befreiungsbahn erneut werden, die Weiche vom Anfang der Klosterstraße nach dem Mauritiusplatz zu verlegen, um das Warten zu vermeiden. Ferner soll genannte Direction noch um Einführung von Correspontenzbillets erachtet werden. Nach einer längeren Debatte, in welcher darauf hingewiesen wurde, daß sich, wie in der Bürgerschaft, so auch in der Stadtverordneten-Versammlung mehr und mehr die Überzeugung Bahn gebrochen, daß die Straßenbahnlinie durch die Ohlauerstraße eine Nothwendigkeit und nur eine Frage der Zeit sei, wurde eine diesbezügliche Petition an den Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung beschlossen. — Demnächst wurde mitgetheilt, daß Magistrat seit drei Jahren mit der Buschtfütterung der Löcher auf den Morgenauer Wiesen beschäftigt sei, daß aber seit Neujahr, obwohl noch bedeutende Sumpf- und Pestlöcher vorhanden, die Buschtfütterung unterbrochen worden sei. Hieran knüpft sich der Beschluß der Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, die Buschtfütterung der im Sommer durch ihre Ausdünnungen schädlichen Löcher zu Ende führen zu lassen. — Beschllossen wurde die Abhaltung eines geselligen Abends, welcher voraussichtlich am 1. März stattfinden wird. — Der Vorstand hat sich, wie zum Schluß mitgetheilt wurde, in folgender Weise constituiert: Eisenbahn-Sekretär Spreeyer Vorsteher, Mechanicus Thom. a. S. Stellvertreter, Prof. Dr. Scheidegger Schriftführer, Hausbesitzer Samojé Stellvertreter und Pfarrgärtner Springer Käffner.

**Gabelschwede**, 15. Febr. [Vom Gewerbe-Verein für die Ohlauer Vorstadt.] In der letzten Sitzung des hiesigen Gewerbe-Vereins hielt Herr Caplan Richter aus Ebersdorf einen sehr interessanten Vortrag über Witterungsverhältnisse, insbesondere über die Vorausbestimmung des Wetters. Herr Bäckermeister Klar sprach über den von Handwerkern und Geschäftleuten zu gewährenden Credit und der Vorsteher, Herr Richter Scholz, gab interessante Mitteilungen über das Innungswesen im Mittelalter. Gegenwärtig zählt der Verein 91 Mitglieder. — Die sog. Kuniglasblätter des Herrn Prengel, welche sich z. B. hier in den „drei Karpen“ befindet und in der das Blasen und Formen des Glases, die Glasschnüre u. s. w. gezeigt wird und verschiedene aus Glas gearbeitete Beispiele zum Verkauf aufgestellt sind, erfreut sich eines sehr zahlreichen Besuchs. — Vor Kurzem brach in dem Gebäude des Bauernkriesters in Schönfeld Feuer aus, welches die Gebäude vollständig in Asche legte. Nur das Bich und einige Sachen konnten gerettet werden. Man vermutet böswillige Brandstiftung.

**Aus dem Militär-Trachenberger Kreise**, 17. Febr. [Schätzungs-Commission. — Königfest. — Präparanden-Anstalt. — Local-Schulinspector. — Borschuk. — Christlicher Gesellschafts-Verein.] Als Schiedsmänner der nach § 63 des Gesetzes vom 25. Juni 1875, betreffend die Abmehr und Unterdrückung von Viehschäden, zu bildenden Schätzungs-Commission sind gewählt worden: für den Militär-Kreis-Anteil: Gemeindevorsteher Franz in Trachenberg, Director Klock in Schleinitz, Gemeindevorsteher Dombrowe in Dzialkawie, Domänenpächter Groß in Schleinitz und Lieut. Groß in Dzialkawie. Für den Trachenberger Kreis-Anteil: Leichverwalter Sperling in Powitzko, Gutsbesitzer Tritsch in Trachen-

berg, Erbschölkiseibesitzer Tschüche in Lauslowe, Erbschölkiseibesitzer Kloß in Heidchen und Domänenpächter Kittlaus in Klein-Peterwitz. — Der diesjährige König der Schützengilde in Militz, Buchbinder Grus, gab am 13. d. M. in dem von ihm selbst geschmackvoll und reich dekorirten Saale des Schiekhause sein Königssfest, verbunden mit Ball, wobei es sehr heiter zuging. — Die Präparandien-Anstalt unter Leitung des Rector und Prediger Wohle in Militz beginnt am 2. April c. ihren Cursus. Befähigte, bereits confirmierte Schüler evangelischer und katholischer Confession finden darin Aufnahme. Der praktische und theoretische Musikunterricht in Violine, Clavier und Orgel wird vollständig ertheilt. Das Schulgeld beträgt monatlich 6 Mark. Melbungen werden bis zum 15. März angenommen. — Der Diaconus Schmidt in Trachenberg ist von der königlichen Regierung zu Breslau zum Local-Schulinspector der evangelischen Schule zu Marenthine ernannt worden. — Nach dem Jahresbericht des Vorschubvereins zu Trachenberg (eingetragene Genossenschaft) pr. 1878 zählt derselbe 1228 Mitglieder; das Guthaben derselben beträgt 153,928 Mark. Bestand der ausgenommenen Anleihen 28,340 Mark. Bestand der Spareinlagen 133,113 Mark. Summa der Vorschüsse und Prolongationen 1,213,262 Mark. der Zinsfuß 6% Mark. eingegangene Zinsen 20,975 Mark. Einnahme für Statuten, Quittungsbücher und Gesuche 1137 M. Zinsen an die Vereinsgläubiger 5326 M. Verwaltungskosten und Gehalte 5278 M. Neingewinn 9788 M. Dividende 6½ M. Reserve-Fonds 3638 M. Verluste keine. Von den Zinsen sind 270 M. als für 1879 vorausgehoben abgezogen. — In dem „christlichen Gesellen-Verein“ zu Trachenberg hielt Herr Diaconus Schmidt einen sehr belebenden Vortrag über „die christliche Mission in Ostindien und das indische Kastenwesen.“

**Neustadt D.S.**, 16. Febr. [Jugendlicher Brandstifter. — Festlichkeit. — Concert.] Die vor einigen Monaten hierorts vorgekommenen Brände sind durchweg von dem 16jährigen Sohn eines hiesigen Tagearbeiters angelegt worden. Der Vorsitz befindet sich bereits in Untersuchungshaft. — Der Schluss der Jagd wurde von unseren Jägern vor einigen Tagen in dem benachbarten Oesterreich und zwar in Baydorff gefeiert. Der Weinwirth Bernert hatte seine Säle sehr geschmackvoll dekoriert. Der Weinwirth Bernert hatte seine Säle sehr geschmackvoll dekoriert und das hiesige Trompetercorps engagirt, das nach beendetem Festtrede und Absingung der Festlieder bis spät nach Mitternacht zum Tanz aufspielte. Die schöne Welt war zahlreich bei dem Jagdfeste vertreten und allseitig zeigte sich volle Zufriedenheit über den Verlauf desselben. Am 14. d. M. fand das 4. Concert des Musikkreises statt, es war der Erinnerung an Felix Mendelssohn-Bartholdy gewidmet. Zum erstenmal wurde Mendelssohns A-moll-Sinfonie Op. 56 gespielt. — Die Einstudirung dieses großen Werkes mag unserem anerkannten tüchtigen Dirigenten viel Mühe gekostet haben. Die Aufführung war aber auch vorzüglich zu nennen. Dem Dirigenten, sowie allen Orchester-Mitgliedern sei für den uns bereiteten Kunstgenuss der beste Dank gefragt. Außer der Sinfonie brachte das Programm noch von genanntem Meister die Ouverture zu dem Liederspiel „Heimkehr aus der Fremde“, Andante und Allegro aus dem Violinconcert Op. 46 und Ouverture „Meeresstille und glückliche Fahrt“.

**R. Lublin,** 16. Febr. [Ruchlosigkeit. — Internirung eines Verbrechers. — Curiosum. — Brauerei Gwozdian. — Bewilligung und Vertretung. — Bürgermeister-Jubiläum.] Im Hause des Kaufmann Herrn J. Brahm zu Koschentin wurde dieser Tage durch eine ruchlose Hand eine Dynamit-Patrone abgebrannt, welche glücklicherweise nur mehrere Fensterscheiben zertrümmerte. Dieser nichtswürdige grobe Unfall ist früher in Koschentin schon mehrmals zur Ausführung gelangt, ohne daß man den Thäter entdecken konnte. So zertrümmerte damals eine in der Nähe des dafürgeschriebenen Schulgebäudes abgebrannte Dynamit-patrone fast sämtliche Fenster der Borderfront des Schulhauses und der daran stehenden Nachbargebäude. Auch im prinzlichen Park daselbst sind in jener Zeit solche Patronen abgebrannt worden. — Ein durch längere Zeit ständig verfolgter Verbrecher — Lis als Klose —, welcher auch vor einiger Zeit den hiesigen Ort unsicher gemacht haben soll, ist nun endlich eingekreist und im hiesigen Kreis-Gerichts-Gefängnis interniert worden. — In dem Dorfe B. bei Guttentag, hiesigen Kreises, soll man laut einer Notiz des hiesigen Localblattes, eine fette Gans von einem Gewicht von „elf Kilogramm“ geschlachtet haben! — Die in unserer Nähe befindliche einzige bayerische Bierbrauerei, Besitz des Herrn von Lüden auf Gwozdian, ist von dem bisherigen Braumeister Herrn Kropf daselbst vorsichtig auf eigene Rechnung übernommen worden. — Der königl. Landrat Herr v. Klitzing hat einen neuzeitlichen Urlaub angemessen und wird während dieser Zeit durch den Kreisdeputierten Herrn Schlarbaum auf Groß-Lagiewitz vertreten. — Herr Bürgermeister Radlik in Wojschnit heißt sein fünfundzwanzigjähriges Bürgermeister-Jubiläum. Herr Radlik war vormalis Lehrer in Wojschnit und wurde von der Stadt Wojschnit vor 25 Jahren zum Bürgermeister gewählt. Am 16. Februar 1878 wurde derselbe von der Commune Wojschnit bereits zum dritten Male auf die gesetzliche Amtszeit von 12 Jahren zum Bürgermeister wieder gewählt.

**Pitschen,** 17. Febr. [Thierschutzverein. — Vortrag.] Am vergangenen Sonnabend hielt der hiesige Thierschutzverein ein musikalisches Tanzkonzert ab. Das Programm der musikalischen Vorträge war sehr glücklich gewählt und die einzelnen Stücke wurden exact ausgeführt. Besonderen Beifall erwarb sich die Aufführung des komischen Duets „Die alte Jungfer“. Der Vorstand des Vereins erwies sich durch raschlose Thätigkeit und Sorge für den Verein die volle Dankbarkeit der Mitglieder. — Sonntag hielt Herr Rector Schulze den ersten der angekündigten Vorträge. — Die für wohlthätige Zwecke bestimmte Einnahme betrug 40 Mark.

## Handel, Industrie &c.

**Berlin,** 17. Febr. [Börse.] Im gestrigen Privatverkehr war die Sitzung anfangs unentschieden, später fest auf günstigere Nachrichten über die Pest aus Petersburg. Creditanlagen 394—393,50—396, Franzosen 425,50 bis 425—427, Lombarden 115,50, 1860er Loope 109,90, Österr. Papierrente 53,90, do. Goldrente 64,75, Ungar. Goldrente 72,25, Italiener 75, 1877er 5proc. Russen 84,10—84,25, II. Orient-Anleihe 55,75, russische Noten per ult. 194,25—194—195, Rumänier 28,40—28,50, Köln-Mindener Bahn 104,75, Bergisch-Märkische Bahn 77,40—77,25, Rheinische Bahn 107,10—106,80, Galizier 95,25—95—95,25, Disconto-Commandit 127,25—127—127,60, Laurahütte 67,40—67,25—67,50, Hibernia und Shamrock 53,75—54,25. Nachbarschaft: unverändert.

Die heutige Börse eröffnete in fester Tendenz und ungefähr mit den gestrigen Schlusskursen dem Befehl. Die Umfänge blieben aber sehr eng begrenzt, da die Speculation sich wenig am Geschäft beteiligte, sondern eine durchaus reservirte Stellung einnahm. Nur Österreicherische Credit-aktionen können eher zu den Ausnahmen gezählt werden. Gerüchteweise verlautete, daß die Ungarische Creditanstalt pr. 1878 eine Dividende von 20 M. verteilen werde, und übte dies eine günstige Rückwirkung auf die Actionen der Österreicherischen Creditanstalt. Der Cours der letzteren zog in der ersten Börsentunde etwas an, blieb jedoch diese Advance im weiteren Verlaufe wieder ein. Franzosen und Lombarden blieben vernachlässigt. Die österr. Nebenbahnen trugen eine ziemlich feste Physiognomie. Rudolfsbahn, Böh. Westbahn und Elisabethbahn waren besonders bevorzugt. Russisch-Teplitzer und Dux-Bodenbacher waren zwar angeboten, behaupteten sich aber doch ziemlich gut. Von den localen Speculations-Effecten waren Disconto-Commandit-Anteile fest. Laura-Actionen ermittelten nach festem Anfang auf ungünstige Gerüchte über die Gejätschaftsregulatur des zweiten Semesters 1878. Daraufhin wurden stärkere Blankoabgaben gemacht. Es notirten: Disconto-Commandit per ult. 127,75—127,40—127,50, Laurahütte per ult. 67,75—50—66,25. Die ausländischen Staatsanleihen konnten die Notirungen etwas erhöhen, blieben aber sehr still. Russische Sprozentage Staatsanleihen 84%—84%, preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Eben so verhielten sich Eisenbahn-Anleihen. Auf dem Eisenbahn-Aktienmarkt war die Stimmung etwas matter, vor ultimo notirte Bergische 77,60 bis 40, Kölnische 104,90 bis 60, Rheinische 106,90 bis 60. Hamburger wichen 2 Procent. Potsdamer und Halberstädter niedriger. Stettiner unverändert. Rumänen schwach. Östpreußische Südbahn und Nordhausen-Erfurter zogen etwas an. Nahebahn weichend. Banknoten ruhig, aber ziemlich fest. Deutsche Bank beliebt und steigend. Schaaffhausen zog etwas an, Börsenhandelsverein höher. Braunschweiger Bahn und Posener Provinzialbahn verbesserten die Notirungen. Bergisch-Märkische Bahn zu höherem Course lebhaft begeht. Gotthaer Grundcredit ging um mehrere Procente zurück. Industriepapiere fanden nur wenig Beachtung. Große Pferdebahn ging zu unveränderter Notiz lebhaft um, Charlottenburger Pferdebahn zog etwas an, Schering Chemische Fabrik besserte die Notiz. Linde Wagenbau steigend, die Dividende pr. 1878 wurde auf 6% gestellt. Oberschlesischer Eisenbahnbedarf beliebt. Montanwerthe theilweise schwächer. Louise Diefenbach, Hagen Gussstahl anziehend. Hibernia wurde sehr lebhaft gehandelt.

Um 2½ Uhr: Schluß matt. Credit 395,—, Lombarden 116,—, Franzosen 427,—, Reichsbank 152,90, Disco-Commandit 127,50 G., Laurahütte 66,25, Lüden 12,70, Italiener 75,12, Österr. Goldrente 64,87, Ungarische Gold-

rente 72,37, Österr. Silberrente 54,80, do. Papierrente 53,87, 5% Russen 84,12, Köln-Mindener 104,62, Rheinische 106,62, Bergische 77,25, Rumänen 28,12, Russische Noten 195,00, Orient —. Coupons. [Course nur für Posten.] Österreich. Silberrent-Cp. 173,10 bez. do. Eisenb.-Coup. 173,10 bez. do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. t. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,155 bez. do. Prioritäten 4,155 bez. do. Papier-Dollars 4,155 bez. 6% New-York-City — bez. Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. Pet. Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Engl. cont. verl. — bez. Russ. Zoll 20,535 bez. 2er Russen —, Große Russ. Staatsbahn — bez. Russ. Boden-Credit — bez. Warschau-Wiener Comm. — bez. 8% Rumänische Div.-Sch. p. 78 — bez. Warschau-Terespol — bez. 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Lit.-Obligat 20,395 bez.

**Paris,** 15. Februar. [Börsewoche.] Der Rentenmarkt ist nach den Aufrigungen der beiden Vorwochen wieder in seine frühere Apathie verfallen. Die Courstschwankungen von einem Tage zum andern waren unbedeutend, höchstens 10—20 Cs. Das Ergebnis der Woche war die Erklärung Léon Say's über die Convertrirung. Da aber diese Erklärung nichts besagt, so blieb die Speculation ihrer alten Ungewissheit preisgegeben. Man weiß nichts über den Zeitpunkt, wenn die Convertrirung statfinden wird und jeder hat in den Worten des Ministers zu finden geglaubt, was er darin zu finden wünschte. Ein stärkerer Impuls könnte unter solchen Umständen nur dadurch gegeben werden, daß die Capitalläufe im größeren Maßstabe auftreten. Dies ist aber bisher nicht der Fall gewesen. In den ersten Tagen der Woche war der Baarmarkt ziemlich belebt, in den letzten Tagen hat man dagegen große Verluste, namentlich in 5prozentiger Rente signalisiert. Die Speculation beginnt sich daher zum Theil von der französischen Rente abzuwenden und wirst sich auf die auswärtigen Staatsfonds, von denen einige stark pouffirt werden sind. Die italienische Rente namentlich hat von dieser Tendenz profitirt und sind bedeutende Umsätze in diesem Papier gemacht worden.

**F. E. Breslau,** 17. Februar. [Colonialwaren-Wochenbericht.] Wesentliche Verlehrungs- und Notizveränderungen hat der Waarenhandel in den jüngsten acht Tagen nicht erfahren und sind mit Ausnahme von Zucker, dessen gegenwärtig immer noch sehr billiger Preisstand zu größeren Unternehmungen anregt und von welchem Artikel, soweit sich Inhaber dazu finden ließen, auf fernere Zeit hinaus eingehaft wurde, alle übrigen Artikel wenig über momentanen Bedarf gehandelt worden. Bei Zucker war die Frage nach gemahlen, guter Ware und zwar den ersten Marktstärker als die nach Broden und hat sich bei solch guten Qualitäten die vorwöchentliche Rente voll behauptet, während jedoch geringe weisse Farne schwerer zu begeben waren und etwas billiger erlassen werden mußten. Auf dem Kaffeemarkt mache sich nach seismischmedenden Jadas ziemliche Bedarfsfrage, auch waren Domingos in guter Qualität lediglich begehr und hat die Rente erster etwas angezogen, während letzter ebenfalls sehr preisfest geblieben ist. Von Ceylon war offener angeboten, Berlinware dagegen knapp und mehr gesucht. Von andern Artikeln sind Mandeln und Schneeschmalz abermals im Preise gestiegen und lebhafter gefragt gewesen. Petroleum ist im Handel wie in der Rente unverändert geblieben.

**Breslau,** 17. Februar. [Submission der Niederschlesischen Märkischen Eisenbahn auf Metalle.] Der Werkstättenbedarf der genannten Eisenbahn an Metallen für Berlin, Breslau, Lauban und Görlitz auf das Etatsjahr 1879/80, bestehend in 1) 27,500 Kilogramm Kohlen, 2) 6700 Kilogramm Stangenstahl, 3) 3600 Kilogramm Antimon, 4) 31,000 Kilogramm reinem Zinn, 5) 8000 Kilogramm Zinn, 6) 7800 Kilogramm Zinkblech, 7) 1000 Kilogramm Muldenblech, stand für öffentliche Submission. Es offerierten per 100 Kilogramm frei Berlin: Aron Hirsh und Sohn in Halberstadt ad 1 zu 117 M., ad 3 zu 95,90 M., ad 4 zu 123,99 M., ad 5 zu 29,50 M., ad 7 zu 31 M.; S. Cohn jun. in Berlin ad 1 zu 120,40 M., ad 2 zu 139 M., ad 3 zu 94,80 M., ad 4 zu 122,70 M., ad 5 zu 32 M., ad 7 zu 29 M.; C. Heitmann in Berlin ad 1 zu 124,50 M., ad 2 zu 134,50 M.; S. Ravené Söhne u. Co. in Berlin ad 1 zu 125 M., ad 3 zu 95 M., ad 4 zu 122,50 M., ad 5 zu 31,90 M., ad 6 zu 39,70 M., ad 7 zu 30 M.; Beer, Sonheimer u. Co. in Frankfurt a. M. ad 1 zu 123 M., ad 3 zu 96 M., ad 4 zu 125 M.; Bondi u. Löb in Mainz ad 1 zu 116,60 M., ad 2 zu 137,74 M., ad 3 zu 95,40 M., ad 4 zu 121,50 M., ad 5 zu 28,30 M., ad 7 zu 28,30 M., bei Begegnung unter 5000 Kilogramm auf einmal 1,10 M. theurer; Carl Mehner in Berlin ad 3 zu 104 M., ad 4 zu 133 M., ad 5 zu 35 M., ad 6 zu 39,65 M., ad 7 zu 29,25 M.; Eggers u. Engel in Berlin ad 4 zu 23,90 M., ad 5 zu 39,90 M.; Ephraim in Görlitz ad 6 zu 39,50 M. frei Breslau; S. Degner in Berlin ad 6 zu 39,50 M. frei Breslau. Für die übrigen Werkstätten differieren die Preise um die bezügliche Fracht.

**Berlin,** 17. Febr. [Producten-Bericht.] Die Luft ist milder geworden. Die Stimmung für Getreide war heute im Allgemeinen matt und in Roggen ist der sehr beschränkte Umsatz auf Termine nicht ohne kleine Concessions seitens der Verkäufer ermöglicht worden. Der Schluss war eher fest. Der Absatz für Ware erforderte im Gegenzug hierzu kein Entgegenkommen der Eigner, derelbe machte sich vielmehr ziemlich bequem zu seinen Preisen. — Roggenmehl matt. — Weizen in sehr beschränktem Verkehr, Preise neigten abwärts. — Hafer, Loco viel und etwas billiger angeboten, war schwer zu vermeiden. Termine matt und still. — Rübel wenig belebt, obwohl etwas billiger läuft. — Petroleum fest. — Spiritus in matter Haltung und trotz etwas ermäßiger Forderungen nicht sonderlich beachtet.

Weizen Loks 150—188 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, defekter weißer poln. — M. ab Bahn bez. per Februar — M. bez. per April-Mai 173—172½ Mark bez. per Mai-Juni 175½ M. bez. per Juli 179—178½ Mark bez. per Juli-August — M. bez. per September-October — M. bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen Ioco 111 bis 128 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 114—116 M., trockener russischer 118 M., inländischer 121—125 M., feiner inländischer — M. ab Bahn bez. per Februar 120½ M. bez. per Februar-März 120% — M. bez. per April-Mai 120%—120—120½ Mark bez. per Februar-März 120% — M. bez. per Juni-Juli 120%—120—120½ Mark bez. per Juni-Juli 122 M. bez. per Juli-August 123 M. bez. per September-October 125—125½ Mark bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Gerste Ioco 110 bis 185 M. nach Qualität gefordert — Mais Ioco 117—122 M. nach Qualität gefordert, rumänischer 117½—118 M. ab Bahn bez. — Hafer Ioco 96 bis 132 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gef. ost und westpreußischer 100 bis 110 M. bez. russischer 98—108 M. bez. böhmischer 108—118 M. bez. pommerischer 105—113 M. bez. schlesischer 108—118 M. bez. böhmischer 108—118 M. bez. feiner weißer pommerscher und mecklenburgischer 115—119 M. ab Bahn bez. per Februar — M. bez. per April-Mai 114½—114 M. bez. per Mai-Juni 116½ M. bez. per Juni-Juli 118½ M. bez. Gef. — Centner. Kündigungspreis — M. — Erbsen: Kochware 132 bis 190 M., Futterware 115—131 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sak Nr. 0: 24,00 bis 23,00 M., Nr. 1: 23,00—22,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sac Nr. 0 19,00 bis 17,50 M. bez. Nr. 0 und 1: 17,25—16,25 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sac per Februar 17,00 M. bez. per Februar-März 16,95 M. bez. per März-April — M. bez. per April-Mai 17,10 M. bez. per Mai-Juni 17,20 M. bez. per Juni-Juli 17,30 M. bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Rübel pro 100 Kilo loco mit Jabs — M. ohne Jabs 56,8 M. bez. per Februar 56,6 M. Cd. per Februar-März 56,6 M. Cd. per April-Mai 57,2—57,1 M. bez. per Mai-Juni 57,4—57,3 M. bez. per September-October 59,4—59,2 M. bez. Gefündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 56,6 M. — Leinöl loco 58 M. — Petroleum loco per 100 Kilo in Jabs 21,5 M. bez. per Februar 21,3—21,4—21,3 M. bez. per Februar-März 21,3—21,4—21,3 M. bez. per März-April 21,3—21,4 bis 21,3 M. bez. per April-Mai — M. bez. per September-October 24,5 M. bez. Gefündigt 200 Ctr. Kündigungspreis 21,3 M. — Spiritus loco ohne Jabs 51,5—51,4 M. bez. per Februar 51,3—51,2 M. bez. per Februar-März 51,3—51,2 M. bez. per April-Mai 52,1 M. bez. bez. per Mai-Juni 52,3 M. bez. per Juni-Juli 53,1 M. bez. per Juli-August 54 M. bez. per August-September 54,5 M. bez. Gefünd. 40,000 Liter. Kündigungspreis 51,3 M.

**Görlitz,** 17. Februar. [Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn betragen im Monat Januar 1879 4,114,560 M. gegen 4,029,402 M. im Monat Januar 1878, mithin Mehrereinnahme 85,158 M. Die Einnahmen der Ruhr-Sieg-Eisenbahn incl. Hennentrop-Olpe betragen im Monat Januar 1879 483,527 M. gegen 489,272 M. im Monat Januar 1878, mithin Mindereinnahme 5745 M.

Die Einnahmen der Bergisch-Märkischen Eisenbahn und der Ruhr-Sieg-Eisenbahn zusammen betragen im Monat Januar 1879 4,598,087 M. gegen 4,518,674 M. im gleichen Zeitraum des Jahres 1878, mithin Mehrereinnahme 79,413 M.

[Militär-Wochenblatt.] Woltersdorf, Sec.-Lieut. vom 1. Schle.-Drag.-Regt. Nr. 4, a la suite des Regts. gestellt. v. Kalckreuth, Sec.-Lieut. vom 2. Oberstle. Inf.-Regt. Nr. 10, v. Lieres u. Wiltau, v. Bunting, Port.-Fähnrich vom 1. Schle.-Gren.-Coup. 173,10 bez. do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. t. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,155 bez. do. Prioritäten 4,155 bez. do. Papier-Dollars 4,155 bez. 6% New-York-City — bez. Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. Pet. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. Pet. Central-Boden min. — Pf. Paris, do.

